

LEITANTRAG

*„HIN ZU DEN MENSCHEN –
ZURÜCK ZU DEN WERTEN“*

**an den 27. Ordentlichen Bundesparteitag der
FPÖ
am 23. April 2005 in Salzburg**

**LAbg. Heinz-Christian Strache
Landesparteiobmann Wien**

I. Wir entschuldigen uns.

Politische Verantwortung bedeutet nicht nur, seine Fehler zu erkennen und aus ihnen zu lernen.

Sie bedeutet auch, für sie einzustehen.

Ja, es stimmt - wir haben Fehler gemacht, und wir entschuldigen uns dafür:

- bei den Menschen im Land.
- bei jenen Wählern, die sich von uns abgewandt haben und jenen, die uns noch immer die Treue halten.
- bei den kleinen Funktionären, die auslöffeln mussten, was wir ihnen eingebrockt hatten, die am Stammtisch, bei Hausbesuchen und auf der Straße sprichwörtlich die Schläge einstecken mussten, die wir verdient haben.

Die FPÖ ist ein unteilbares Ganzes.

Daher trifft der Vorwurf uns alle.

Wir haben den Anschein zugelassen, wir würden die Sorgen und Nöte der kleinen Leute vernachlässigen.

Wir haben uns mit uns selbst beschäftigt statt alle unsere Kräfte auf die Verwirklichung unserer Vorhaben zu konzentrieren.

Wir haben uns zu wichtig genommen und unseren Auftrag beinahe aus den Augen verloren.

Wir haben unsere Energien gegeneinander gewandt statt sie auf den politischen Gegner zu richten.

Wir haben unsere Grundsätze nicht aufgegeben, aber wir sind ihnen nicht immer hinreichend gerecht geworden.

Wir haben den Menschen das Gefühl gegeben, nicht mehr für sie da zu sein und ihr Vertrauen nicht länger zu verdienen.

Wenn wir unsere Versprechen nicht einlösen konnten, haben wir es verabsäumt, die Gründe zu benennen und um Verständnis zu werben.

Wir sind Gefahr gelaufen wie alle anderen zu werden, die an der Macht sind.

Viele kleine Leute haben große Hoffnungen in uns gesetzt.

Wir haben sie enttäuscht.

Wir haben den Eindruck erweckt, mehr gegeneinander zu kämpfen als für ihre Interessen.

Viele haben sich von uns abgewandt, ohne dass wir uns besonnen haben.

Wir, die wir Verantwortung tragen für unsere Gesinnungsgemeinschaft,

wir, die wir Verantwortung tragen für Österreich,

wir, die wir versprochen haben, die Lebenssituation der kleinen Leute zu verbessern, sie gegen die Mächte des Groß-Kapitals, der Politik und der Bürokratie in Schutz zu nehmen,

wir, die Verantwortlichen, müssen uns schämen für das Bild des Chaos, das wir geboten haben.

Niemand ist schuld, dass wir fast zerbrochen und zersplittert wären, außer wir selbst.

Niemand hat uns schlechter behandelt als wir selbst.

Die Schuld liegt nirgendwo sonst als bei uns.

Lange haben wir aus unseren Fehlern nicht gelernt und das Wohlwollen Hunderttausender verspielt.

Wir haben solcherart unsere Existenzberechtigung in Frage gestellt und unsere Existenz riskiert.

Daran gibt es nichts zu rütteln.

Aber jetzt haben wir die Chance auf einen Neubeginn.
Schütten wir die Gräben zu.
Bestellen wir unser Haus.
Fangen wir neu an.
Fangen wir an wieder das zu tun, was die Menschen von uns erwarten.
Stellen wir uns nicht länger in den Mittelpunkt unseres Denkens und Strebens.
Mittelpunkt aller Anstrengungen können nur die Menschen in Österreich und Österreich in Europa sein.
Politische Verantwortung bedeutet nicht nur, seine Fehler zu erkennen und aus ihnen zu lernen sondern auch sich bei denen zu entschuldigen, denen man sie zugemutet hat.

„Hin zu den Menschen - Zurück zu den Werten“.
Dieses Erfolgsrezept, das uns stark und groß gemacht hat, muss wieder zurück in unsere Köpfe und Herzen.
Wir bekennen uns zu unserer staatspolitischen Verantwortung als Regierungspartei, betonen aber gleichzeitig, dass die FPÖ ihrer Programmatik, ihren Funktionären, Wählern und Sympathisanten im Wort zu bleiben hat.

Jene Themen, welche die FPÖ groß und stark gemacht haben, müssen auf Basis des obigen Bekenntnisses weiter verfolgt und schrittweise umgesetzt werden.

II. Wir bleiben dabei: Österreich zuerst!

1. Verpflichtende Anerkennung der Leitkultur

Selbst in linksliberalen Blättern wird heute offen ausgesprochen, dass *„sich insbesondere in Großstädten Parallelgesellschaften entwickelt haben. Ein Teil der Ausländer ist gar nicht gewillt sich zu integrieren. Einigen geht es vor allem darum, ihr Gastland auszunutzen. Ein Teil ist auch nicht bereit die Rechtsordnung zu akzeptieren. Das gehört offen angesprochen, ohne dass man in Verdacht gerät, ausländerfeindlich zu sein. Es ist auch notwendig, gegen diese Fehlentwicklungen vorzugehen.“* (Standard, 22.11.2004)

Die FPÖ ist dazu entschlossen.

Sie ist und bleibt die Partei des Österreichpatriotismus.

Ein solcher Österreich-Patriotismus äußert sich

- im Willen zur Eigenständigkeit und Zusammengehörigkeit der Österreicher
- im Willen zur Aufrechterhaltung von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und laizistischer Staatsordnung sowie
- im Anspruch auf die Geltung der eigenen Kultur als Leitlinie für das Zusammenleben der Menschen in Gesellschaft und Staat.

Dieser patriotische Anspruch verpflichtet zu Widerstand gegen Bestrebungen, Parallelgesellschaften entstehen zu lassen, deren Werte und Selbstverständnis im Gegensatz zur freiheitlich-demokratischen Leitkultur stehen.

Abgelehnt wird auch ein Verständnis von „Integration“, das darin besteht, die heimische Kultur durch das Zusammenführen mit fremden Kulturen einem grundlegenden Wandel zulasten des sozialen Friedens und der österreichischen Identität auszusetzen.

Nicht alle Kulturen sind kompatibel, nicht alle Kulturen ohne Beschädigung ihrer Substanz miteinander vereinbar.

Wer hier leben möchte, muss daher auch Integrationswillen zeigen.

Sozialleistungen sind an Integrationserfolge zu koppeln.

Widrigensfalls sind staatliche Leistungen konsequent zu kürzen.

Integration wie wir sie verstehen heißt, dass Ausländer die hiesige Leitkultur anerkennen.

Wer unsere Rechts- und Werteordnung ablehnt, sie bekämpft oder zu ihrer Missachtung aufruft, für den ist in Österreich kein Platz.

Hier lebende Ausländer müssen die deutsche Sprache lernen und die auf der abendländischen Tradition beruhenden Grundwerte sowie die Gleichheit von Mann und Frau achten.

Diese Werte dürfen nicht einer multikulturellen Beliebigkeit geopfert werden.

2. Österreich ist kein Einwanderungsland.

Österreich ist wegen seiner Bevölkerungsdichte und seiner beschränkten Ressourcen kein Einwanderungsland.

Das Grundrecht auf Heimat, das wir fordern, gestattet daher keine unbeschränkte und unkontrollierte Zuwanderung nach Österreich.

Eine uneingeschränkte Zuwanderung würde die ansässige Bevölkerung hinsichtlich ihrer aktiven Integrationsfähigkeit überfordern und ihr Recht auf sozialen Frieden sowie die Wahrung und Schutz der eigenen Heimat gefährden.

Das Schutzinteresse der österreichischen Bevölkerung erfordert den Erhalt der vollen Souveränität in allen Ausländerangelegenheiten.

Die Einführung eines Punktesystems, das es gestattet, Zuwanderer nach ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Integrationsprognose auszuwählen, erscheint als taugliches Instrument.

In Kanada wird schon heute jeder Einwanderungswillige nach Alter, Qualifikation, Sprachkenntnissen und Herkunftsland mit Punkten bewertet. Wer unter 70 von 100 möglichen Punkten bleibt, wird nicht aufgenommen. Auf diese Weise könnte die Zuwanderung von Personen kontrolliert werden, die ihrer Nationalität oder ihrem Glaubensbekenntnis nach kulturelle Probleme befürchten lassen.

3. Der Islamismus und seine Tolerierung ist eine Gefahr für alle offenen Gesellschaften.

Die geistigen Grundlagen des Abendlandes sind die Idee der Menschenwürde und der Grundfreiheiten, die daraus abgeleiteten Vorstellungen von Demokratie und Mitbestimmung und der Rechtsstaatlichkeit, die Idee der Solidarität sowie der Respekt vor dem Leben und der Schöpfung.

Durch vielfältige Strömungen sind diese Grundlagen jedoch gefährdet. Der zunehmende Fundamentalismus eines radikalen Islam und dessen Vordringen nach Europa bedrohen den Wertekonsens in der Gesellschaft.

Jeglicher Tendenz eines islamischen Fundamentalismus ist daher mit allen staatlichen Mitteln zu bekämpfen.

Der Konflikt zwischen Säkularität und religiöser Bestimmung der Gesellschaft kann nur zugunsten der laizistischen Staatsordnung entschieden werden.

Die Trennung von Kirche und Staat ist unaufhebbar.

Die Religionsfreiheit darf nicht dazu missbraucht werden, um den Rechtsstaat und die bürgerlichen Freiheiten zu bekämpfen.

Unsere Vorstellung von Leitkultur geht von einem Gemeinwesen aus, dessen Mitglieder durch eine gemeinsame Identität der Bürger verbunden sind.

Für diese Bürgeridentität, die über der religiösen Identität steht, haben die Bildungseinrichtungen zu sorgen.

4. Brücken zwischen den Generationen bauen

Ein Paradoxon unserer heutigen Gesellschaft: Je dichter Ballungsräume heute sind, desto mehr wächst auch die Einsamkeit der Individuen. Faktum ist: Die Lebensform „Familie“ gerät im urbanen Bereich immer mehr unter die Räder. Die Generation der „Aktiv-Senioren“ steht heute Jugendlichen gegenüber, die sich rasant wachsenden Herausforderungen in wirtschaftlich harten Zeiten stellen müssen und dabei immer stärker nach Orientierung ringen. Zwischen ihnen befinden sich die „Leistungsträger“, die den täglichen Spagat zwischen beruflicher Herausforderung und Kinderbetreuung zu bewältigen versuchen.

Die Politik hat hier nicht nur auf die spezifischen Anforderungen der jeweiligen Generationen Bedacht zu nehmen, sondern auch all jene Maßnahmen zu fördern, welche zwischen diesen Generationen Brücken bauen.

Anlass dafür bietet das heurige Gedenkjahr. Zwischen jung und alt muss es zu einem intensiven Gedankenaustausch kommen, den die Politik zu fördern hat. Darauf aufbauend soll Zug um Zug ein generationenübergreifendes Fürsorgedenken ins Bewusstsein gebracht und eine umfassende Solidarität etabliert werden.

Der Gedanke der Solidargemeinschaft muss mit neuem Leben erfüllt werden!

Die Lebensform Familie bedarf der aktiven Förderung durch die Politik: Im konkreten soll die steuerrechtliche Besserstellung durch Einführung des „Familiensplittings“ bei der Ermittlung der Abgabenlast angestrebt werden. Dabei muss auf ein steuerfreies Existenzminimum für alle Familienmitglieder weiter verfolgt werden.

Zum Schutz der Jugend bedarf es einer aktiven Anti-Drogen-Politik, da der massive Anstieg von Handel und Konsum illegaler Drogen immer mehr zu einem Schlüsselproblem für die Existenz unserer Gesellschaft wird. Dieser politische Kampf hat auf allen Ebenen zu erfolgen: Durch bewusste Förderung von Sportinitiativen, durch politische Ächtung des Konsums illegaler Drogen, eine massive Strafverschärfung für Drogenhandel sowie eine Intensivierung des Angebots an Entwöhnungskuren.

Die Leistung der Österreicherinnen und Österreicher, die in den schweren Jahren der Nachkriegszeit den Grundstein zur heutigen Lebensqualität in unserer Heimat gelegt haben, die ohne Schuld in den Krieg gezogen wurden und ihre Kindheit und Jugend in seinem Schatten zubringen mussten, soll in Form eines „Aufbauschecks“ in der Höhe von 1.000 Euro anerkannt werden.

Wir alle sind ihnen zu Dank verpflichtet.

5. Globalisierung erfordert nationale Schutzmaßnahmen

Die sozialpolitischen Errungenschaften der letzten 150 Jahre stehen auf dem Spiel. Der Gegensatz von Arbeit und Kapital ist noch immer nicht überwunden. Im Gegenteil. Das Profitsreben der „global player“, der multinationalen Konzerne, verschärft diesen Gegensatz von Jahr zu Jahr. Die Maxime des share-holder value

schafft für immer weniger immer mehr Wohlstand. Machen wir uns nichts vor: Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer – und immer mehr. Die Kluft zwischen dem Verdienst aus Kapital und dem Lohn der Arbeitnehmer wächst und unsere Gesellschaft steuert von der Dreiklassen-Gesellschaft (arm, mittelständisch, reich) zu einer Zweiklassen-Gesellschaft (arm, superreich), wobei das Wohlstandsgefälle immer größer wird.

Abgesehen von der hohen Arbeitslosenrate haben wir unter den Schlagworten „Flexibler Arbeitsmarkt“, „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ einen großen Teil der österreichischen Arbeitnehmer in Teilzeitberufe gedrängt. Der Verdienst aus dieser Art der Beschäftigung ermöglicht niemanden ein menschengerechtes Leben in einem „sozialen Wohlfahrtsstaat“ zu führen.

Der Schluss – „Wirtschaftswachstum steigert die Beschäftigtenzahl“ - hat schon lange seine Gültigkeit verloren. Das Erreichen einer von positiven Kennzahlen geprägten Wirtschaft wird heutzutage oft nur durch Rationalisierungsmaßnahmen gewährleistet. Oft geht die Steigerung der Rendite mit dem Abbau von Personal Hand in Hand. Aller Wirtschaftsethik zum Trotz wird der Arbeitnehmer immer weniger als Humankapital und immer mehr als bloßer Kostenfaktor betrachtet. Eine egozentrisch betriebswirtschaftliche Sicht, die das eigene Unternehmen nicht als Element der Volkswirtschaft begreift, produziert Arbeitslose, schmälert die verfügbaren Haushaltseinkommen, überwälzt die Verantwortung für den sozialen Frieden auf die Gesellschaft und den Staat.

Eine weitere Beeinträchtigung des Arbeitsmarktes droht von der EU. Tausende Österreicher könnten ihren Job durch die Osterweiterung verlieren. Eine Klausel im EU-Recht macht auch Österreich zum Billiglohnland. EU-Neubürger müssen zwar bis zu sieben Jahren lang auf freie Arbeitsplatzwahl in den Mitgliedsstaaten verzichten. Bereits in Geltung befindet sich jedoch die sogenannte Dienstleistungsfreiheit. Danach dürfen Betriebe aus den neuen Mitgliedsländern österreichischen Unternehmern ihre Dienstleistungen anbieten - und zwar zu den Arbeitsbedingungen ihrer Länder – zu Dumpingpreisen. Das Prüfrecht, ob es sich tatsächlich um Dienstleistungen oder aber um illegale Arbeitnehmerüberlassung handelt, haben nicht österreichische Stellen, sondern die Heimatländer. Außerdem gilt für die Dienstleistungsanbieter das Recht ihres Heimatlandes, das sogenannte Herkunftslandprinzip. Ein polnischer Unternehmer etwa, der in Deutschland seine Dienste leistet, unterliegt nicht dem dortigen Sozialstandard, sondern nur dem polnischen. Die Sozialbeiträge werden in Polen entrichtet.

Durch die geltenden „EU-Freiheiten“ wird die Verknappung des Arbeitsmarktangebotes gesteigert. Viele Unternehmungen machen sich diese Liberalisierung zu Nutze. Statt Arbeitnehmer zu beschäftigen, werden Sub-Unternehmer (vornehmlich Einmangengesellschaften aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten) engagiert

Vor dem Hintergrund drohender Massenarbeitslosigkeit, der Verarmung wachsender Bevölkerungskreise und der Bedrohung des Arbeitsmarktes durch die EU-Osterweiterung stellen wir nachstehende Forderungen:

„Die Politik alleine schafft keinen einzigen Arbeitsplatz – Die Politik muss aber die Grundlagen aufbauen, damit die Wirtschaft Arbeitsplätze schaffen kann.“

- Da Klein- und Mittelbetriebe den überwiegenden Teil der österreichischen Arbeitnehmer beschäftigen, aber auf Grund von der ständig steigenden Konkurrenz multinationaler Konzerne und durch finanzpolitische Maßnahmen, wie Basel II, immer mehr ihrer wirtschaftlichen Grundlage beraubt werden, ist es notwendig, durch gezielte Förder- und fiskalische Maßnahmen diesen wichtigen Bereich zu stärken.
- Ein wichtiger Faktor zur Stärkung heimischer Betriebe, und somit zur Sicherung bzw. Schaffung neuer Arbeitsplätze, ist das Konsumverhalten der österreichischen Bevölkerung. Abgesehen von der Beschäftigungssicherung ist die Stärkung der Kaufkraft österreichischer Familien zu gewährleisten. Steuerpolitische Maßnahmen und Familienförderung sind die richtigen Schritte in eine sichere Zukunft.
- In Deutschland hat die Liberalisierung des europäischen Dienstleistungssektors „*binnen weniger Monate einen Milliardenmarkt mit mafiosen Strukturen, Lohndumping und moderner Sklaverei entstehen lassen.*“ (Spiegel Nr. 7, 14. 2. 2005) Diese Entwicklung bedroht auch den österreichischen Arbeitsmarkt. Aus diesem Grund sind auf nationaler und internationaler Ebene sämtliche Anstrengungen zu unternehmen, um die EU-Dienstleistungsrichtlinie zum Schutz des österreichischen Arbeitsmarktes in ihrer gegenwärtigen Form zu Fall zu bringen.

6. Europa – Weg vom Bundesstaat hin zum Staatenbund!

Europa ist mehr als ein geographischer Begriff. Es gründet in der christlich-abendländischen Wertegemeinschaft. Die durch gemeinsame Schicksale verbundenen Völker und ihr kulturelles Erbe bilden und tragen Europa.

Das Schicksal Europas muss von der Gestaltungsfreiheit seiner Völker geprägt sein. Dieser Grundsatz des geltenden FPÖ Parteiprogramms muss insbesondere auch für die zukünftige Entwicklung der Europäischen Union gelten. Die EU-Osterweiterung, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aber auch der Entwurf zur EU-Verfassung sind nicht dazu geeignet, das Vertrauen der Menschen in Österreich in dieses Europa zu stärken.

Aktuell steht die Europäische Union ihren Bürgerinnen und Bürgern vor allem als eine bürokratische, unsoziale und undemokratische Realität gegenüber. Wichtige Souveränitätsrechte der Staaten sind an die EU abgegeben und nationaler demokratischer Kontrolle entzogen worden, ohne die politischen Entscheidungsprozesse in der EU transparent zu machen.

Die FPÖ befürwortet die europäische Integration. Sie sieht in ihr eine Chance, Frieden, Freiheit und Gleichheit für die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union und damit weltweit zu fördern. Das friedliche Miteinander ihrer Völker und Staaten ist ein vorrangiges Gut, für dessen Bewahrung und Weiterentwicklung sich die FPÖ nachhaltig engagiert. Deshalb bekämpft sie alle Tendenzen, die Europäische Union in eine Militärmacht zu verwandeln, den Sozialstaat zu zerstören und die Demokratie abzubauen.

Die Einbindung der Bürger Österreichs in die Entscheidungsprozesse innerhalb der Europäischen Union ist für die FPÖ eine Grundvoraussetzung eines demokratischen und föderalistischen europäischen Einigungsprozesses. Gerade die EU-

Osterweiterung aber auch die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei haben gezeigt, dass die Brüsseler Entscheidungsträger offenbar kein allzu großes Interesse daran haben, Politik im Interesse der Europäer zu machen. Diese EU wird auf Dauer jedoch nur dann die Menschen hinter sich vereinen können, wenn sie den Weg von einer technokratisierten Bürokrateninstitution hin zu einer offenen und plebiszitär mehrheitlich getragenen Gemeinschaft findet. Diese Entwicklung ist derzeit jedoch noch nicht absehbar.

In der Außen- und Sicherheitspolitik steht die EU an einem Scheideweg. Sie kann sich für eine weltweite völkerrechtliche Ordnung einsetzen, für zivile Konfliktprävention und friedliche Lösung von Konflikten sowie demokratische Entwicklung. Sie kann aber auch zum weiteren Ausbau einer imperialen Weltordnung unter Führung der USA beitragen und sich dabei als Juniorpartner mit eigenen Großmachtinteressen profilieren. Die jetzige Debatte zur geplanten EU-Verfassung zeigt einmal mehr, dass das jetzige Europa eine Entwicklung nimmt, das von der Mehrzahl der Menschen in Österreich bereits abgelehnt wird. Die EU ist auf Kriegskurs, das zeigt klar ein Blick in den neuen EU-Verfassungsentwurf, der regelrechte Aufrüstungsparagrafen enthält.

Die EU hat einen Entwurf für eine gemeinsame Verfassung vorgelegt, die dann über den einzelstaatlichen Verfassungen, also auch über der österreichischen Verfassung steht.

- Die so genannte "Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik" (GASP) und die "gemeinsame Verteidigungspolitik" nehmen einen zentralen Raum im Verfassungsentwurf ein. Im friedens- bzw. militärpolitischen Bereich finden sich dramatische Neuerungen. So gibt es eine explizite Aufrüstungsverpflichtung mit Verfassungsrang: "Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern" (Artikel I-40 Absatz 3). Um diese regelmäßige Aufrüstung zu kontrollieren und teilweise durchzuführen soll ein "Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten" eingerichtet werden.
- EU-Streitkräfte - z.B. die neue EU-Interventionstruppe mit 60.000 Mann - sollen zu "Kampfeinsätzen im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen" (Artikel III-210) eingesetzt werden können. Weiter heißt es: "Mit allen diesen Missionen kann zur Bekämpfung des Terrorismus beigetragen werden, unter anderem auch durch die Unterstützung für Drittstaaten bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet". (Artikel III-210).
- Passend zur Absicherung der militärischen Komponente der EU wird im Verfassungsentwurf zudem das neoliberale Wirtschaftsmodell festgeschrieben.

Die FPÖ steht dafür, dass die Europäische Union künftig eine eigenständige Rolle in der internationalen Politik spielt, indem sie sich dem Hegemonialstreben der USA widersetzt und zu einer Staatengemeinschaft wird, in der die Außenpolitik und Außenwirtschaft den Prinzipien gemeinsamer Sicherheit untergeordnet wird.

7. Mehr Sicherheit ist unser gutes Recht!

Viele Menschen verstehen nicht, warum einerseits die Sicherheit des Luftraumes gewährleistet wurde, andererseits aber nicht ausreichend Mittel für die „Sicherheit am Boden“ vorhanden sind.

Drogenhandel. Asylmißbrauch. Einbruchsdiebstähle. Delikte gegen Leib und Leben. Die Kriminalität hat ein besorgniserregend hohes Niveau erreicht. Die FPÖ muss sich als Sicherheitspartei diesen Entwicklungen mutig gegenüberstellen und auch vehement eine Budgetierung dafür einfordern. Personell wie auch ausrüstungsbezogen.

Vor allem in den städtischen Ballungsräumen, den grenznahen Bereichen und im Umfeld von Asylantenheimen sind massive Kriminalitätszuwächse zu verzeichnen. Die Bevölkerung reagiert daher mit Unverständnis, wenn auf diese Entwicklung nicht mit der notwendigen Aufstockung der Exekutive und einer restriktiven Politik reagiert wird. Eine „Null-Toleranz“, wie sie erfolgreich unter dem ehemaligen New Yorker Bürgermeister Rudolph Giuliani praktiziert wurde, muss die Antwort auf die aktuellen Entwicklungen sein. Zu der Entwicklung eines neuen Sicherheitsdenkens gehört auch, dass die Exekutivbeamten mehr Befugnisse erhalten und die Politik die notwendige Rückendeckung garantiert.

Das "Recht der Bürger auf Sicherheit" kann in den Ballungsräumen auch mit einer Sicherheitswacht nach dem bayerischen Erfolgsmodell in den jeweiligen landesgesetzlichen Grundlagen zusätzlich mit Leben erfüllt werden.

Die FPÖ muss ihr Profil als sicherheitspolitische Ansprechadresse Nummer eins neu erobern. Der von Justizministerin Karin Miklautsch eingeschlagene Weg der Verbrechensbekämpfung wird in diesem Zusammenhang begrüßt und muss auf allen Ebenen weiter unterstützt und forciert werden.

Der Antragsteller bekräftigt, jeglichen Tendenzen einer Spaltung, Stilllegung oder totalen Neugründung der FPÖ eine Absage zu erteilen. Die FPÖ war, ist und muss die Heimat aller freisinnigen, patriotischen, wertebewußten und positiven Geister bleiben.

Die FPÖ – wie wir sie denken - ist die politische Vertretung des kleinen Mannes und der vielen Klein- und Mittelunternehmer, welche das wirtschaftliche Rückgrat unserer Republik bilden. Sie ist die Gruppe der sozial Schwachen, aber auch der Leistungsträger. Sie ist das Sammelbecken, in dem die Generationen Brücken zueinander schlagen, der Vergangenheit mutig ins Auge blicken und gemeinsam an einer guten Zukunft arbeiten. Unter dem Dach dieses freiheitlichen Hauses muss auch weiterhin Platz für Vor-, Quer- und kritische Nachdenker sein.

LPO Heinz-Christian Strache



Heinz-Christian Strache
Landesparteiobmann Wien

Z U S A T Z A N T R A G

zum Leitantrag

an den 27. Ordentlichen Bundesparteitag der FPÖ
am 23. April 2005 in Salzburg

Betrifft: Abänderung des geltenden Parteiprogramms der FPÖ vom 30. Oktober 1997.

Der hohe Bundesparteitag möge beschließen:

Kapitel VII, Artikel 2 und 3 des geltenden Parteiprogramms lauten nunmehr wie folgt:

Die Neutralität hat sich als dominierende Handlungsmaxime der österreichischen Außenpolitik seit 1955 bewährt und wirkt identitätsstiftend für die 2. Republik. Mit dem EU Beitritt 1995 wurde die Neutralität in Österreich zunehmend weiter ausgehöhlt und droht innenpolitisch als bloßes Alibi missbraucht zu werden.

1. Der Status der „dauernden Neutralität“ Österreichs wurde 1955 von der Sowjet-Union zur Bedingung für den Abschluss des Staatsvertrages gemacht („Moskauer Memorandum“). Die Neutralität war damals das Mittel zum Zweck für die Erreichung der vollen Souveränität und Freiheit Österreichs. Dies zeigt den großen historischen Wert der Neutralität. Im weiteren wurde die Neutralität Österreichs zum bestimmenden und erfolgreichen Faktor der österreichischen Außenpolitik.
2. Gerade die sich ändernde weltpolitische Lage und die vorhandenen Konfliktfelder insbesondere im nahen und mittleren Osten machen neutrale und anerkannte Friedensvermittler notwendig. Diese von Österreich seit 1955 erfolgreich eingenommene Rolle soll nicht nur beibehalten sondern ausgebaut werden.

Artikel 3

Die veränderte geopolitische Lage Österreichs in Europa macht unmittelbare militärische Bedrohungen zunehmend unwahrscheinlicher. An die Stelle der unmittelbaren militärischen Bedrohungen sind Konflikte an den Randbereichen der EU und der internationale Terrorismus getreten. Diese Bedrohungsbilder können am effizientesten durch Solidarität innerhalb der EU bewältigt werden. Wir bekennen uns daher zu einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

1. Wir bekennen uns zu einer Beistandspflicht im Falle einer Aggression gegen Mitglieder der EU und zu Einsätzen außerhalb der EU im Sinne der Petersburger Beschlüsse. Diese Einsätze dürfen nicht automatisiert

vorgenommen werden und dürfen nur mit ausdrücklicher vorheriger Zustimmung des österreichischen Nationalrates erfolgen.

2. Als neutraler Staat und im Hinblick auf die Sicherheitsinteressen Österreichs lehnen wir eine Mitgliedschaft in einem nichteuropäischen Bündnis mit militärischem Charakter ab.
3. Zur Erfüllung der sicherheitspolitischen Aufgaben und aus demokratiepolitischen Gründen bekennen wir uns zu einer allgemeinen Dienstpflicht entweder in Form des Wehrdienstes oder in Form eines Sozialdienstes als persönliche Leistung des Staatsbürgers für die Sicherheit und Unabhängigkeit Österreichs.

Heinz-Christian Strache eh

Heinz-Christian Strache
Landesparteiobmann Wien

Z U S A T Z A N T R A G **zum Leitantrag**

an den 27. Ordentlichen Bundesparteitag der FPÖ
am 23 . April 2005 in Salzburg

Betrifft: Abänderung des geltenden Parteiprogramms der FPÖ vom 30. Oktober 1997.

Der hohe Bundesparteitag möge beschließen:

Kapitel XVI, Artikel 1 des geltenden Parteiprogramms wird durch einen neu einzufügenden Punkt 4 ergänzt wie folgt:

Grundsätzlich ist am Erfordernis einer Zweidrittelmehrheit bei parlamentarischer Beschlussfassung über Schulgesetze in wesentlichen Bereichen festzuhalten.

Insbesondere in den Bereichen der Schulorganisation, des Privatschulwesens und des Religionsunterrichtes kommt einer solchen Regelung große Bedeutung zu.

Heinz-Christian Strache eh